Dokumentation

RISA Workshop

AG Stadt- und Landschaftsplanung

Strategien für ein Entwässerungskonzept
in einem Bestands- und Nachverdichtungsgebiet
am Beispiel der B-Pläne Iserbrook 6 und 23
in Hamburg Altona

8. September 2011

HCU | HafenCity Universität Hamburg
RESOURCE EFFICIENCY IN ARCHITECTURE AND PLANNING

RISA
RegenInfraStrukturAnpassung
Leben mit Wasser

Vorbereitung und Durchführung:

Prof.Dr.Ing. Wolfgang Dickhaut
Dipl.-Ing. Sabine Andresen
Janina Stölting, B.A.

HCU HafenCity Universität Hamburg
RESOURCE EFFICIENCY IN ARCHITECTURE AND PLANNING

Werner Steinke, BSU LP

Peter Tietböhl, BA Altona MR

in Zusammenarbeit mit:

HAMBURG WASSER

Hamburg | Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

Hamburg | Bezirksamt Altona

Hamburg, November 2011

Inhaltsverzeichnis

1 Ziele und Inhalte 5

2 Methode 6

3 Informationen zum Projektgebiet 6

4 Arbeitsergebnisse der Kleingruppen 9

4.1 Variante A: Rückhalten auf dem Einzelgrundstück 9

4.2 Variante B: Ableiten über Gräben aus dem Gebiet 11

4.3 Variante C: Mitbenutzung von Straßen und Grünflächen 12

4.4 Variante D: Versickern 16

4.5 Variante E: ...oder vielleicht doch ganz anders? Neue Ansätze 17

5 Über den Tellerrand von Iserbrook: Strategische Anregungen und Workshop-Reflexionen 20

5.1 Anregungen/Statement von Prof. Dettmar 20

5.2 Anregungen/Statement von Prof. Koch 23

6 Ausblick 28

Anhang: Unterlagen für die Arbeitsgruppen: 30

Variantenübersicht

Fotos

Baustufenplan von 1955

Bebauungspläne

Städtische Flächen

Baugrundgeologie

Landschaftsschutzgebiete

Geländemodell

Kanalkataster

TeilnehmerInnen

BSU
Sabine Barisch-Becker (LP)
Martina Boetticher (LP)
Dr. Hanna Bornholdt (LP)
Waldemar Hindersin (LP)
Ole Jochumsen (LP)
Werner Steinke (LP)
Dr. Heike Tiedemann (LP)
Peter Borstelmann (U)
Hella Franz (U)
Claudia Holl (U)
Lothar Moosmann (U)
Frank Nohme (U)
Dr. Mechthild Recke (U)

Bezirksamt Altona
Carsten Butenschön (MR)
Peter Tietböhl (MR)

BWVI
Sven Clausen

Hamburg Wasser
Christian Günner (zeitweise)
Enno Jäger
Dr. Axel Waldhoff
Juliane Ziegler

LSBG
Roland Zander

Externe Berater
Prof. Jörg Dettmar TU Darmstadt
Prof. Michael Koch HCU
Prof. Theo Schmitt TU Kaiserslautern
Dr. Harald Sommer Ing.büro Sieker GmbH

HafenCity Universität
Prof. Wolfgang Dickhaut
Sabine Andresen
Elke Kruse
Tobias Ernst
Janina Stölting

1 Ziele und Inhalte

Strategien zu entwickeln für ein Entwässerungskonzept in einem aus Entwässerungssicht schwierigen Bestands- und Nachverdichtungsgebiet in Hamburg, das war das Thema eines Workshops, der von der RISA-AG Stadt- und Landschaftsplanung initiiert wurde. Um möglichst konkret diskutieren zu können, wurde beispielhaft am Gebiet der ehemaligen B-Pläne Iserbrook 6 und 23 in Altona gearbeitet.

Als Ziel des Workshops wurde formuliert, mit allen vertretenen Disziplinen offen in die Diskussion zu gehen und vor allem auch kreative Ansätze willkommen zu heißen. Inhaltlich sollte der Workshop nicht ausschließlich die B-Plangebiete in Iserbrook thematisieren, sondern am konkreten Beispiel übertragbare Ansätze für Gesamt-Hamburg erarbeitet werden. Dabei lag der Fokus weniger auf technischen als auf planerisch-strategisch-kommunikativen Aspekten. Im Sinne von RISA ging es inhaltlich nicht nur um ungelöste Entwässerungstechnik, sondern vor allem auch um das Zusammenspiel der Akteure und Beteiligten und um Prozessabläufe.

Die B-Plangebiete Iserbrook 6 und 23 wurden von der AG Stadt- und Landschaftsplanung bewusst als Pilotprojekt ausgewählt worden, da es sich bei dem Gebiet um ein Bestandsgebiet handelt, in dem Nachverdichtung ansteht, das B-Planverfahren jedoch wegen ungeklärter wasserwirtschaftlicher Probleme nicht zu Ende geführt werden konnte. Das Gebiet erfordert eher außergewöhnliche Lösungsansätze, die noch nicht der geübten Praxis entsprechen, z.B. dezentrale Lösungen wie Versickern, Verdunsten und Rückhalten von Oberflächenwasser sowie Mehrfachnutzungen von Flächen, bei denen eine gute Koordination unterschiedlicher Disziplinen gefragt ist.

Die Problematik in Iserbrook ist auf viele andere Wohngebiete in Hamburg übertragbar, die durch eine ähnliche Siedlungsstruktur und ähnliche Entwässerungserschwernisse geprägt sind, gleichzeitig aber auf Grund ihrer geringen Dichte eine Nachverdichtung zugunsten der grünen Wiese gut „vertragen“ könnten. Auch wenn das B-Plangebiet sehr klein ist und die kleinräumigen Lösungen in Iserbrook die Entwässerungsfragen in Gesamt-Hamburg nicht entscheidend beeinflussen werden, können an diesem Beispiel die komplexen neuen Anforderungen an ein integrativ ausgerichtetes Regenwassermanagement betrachtet werden.

Der Workshop sollte weiterhin, ausgehend von einem konkreten, aber sehr kleinem B-Plangebiet, der Auftakt sein, sich stärker mit den strategisch-großräumigen planerischen und kommunikativen Fragestellungen eines integrierten Regenwassermangements zu beschäftigen. Hierfür wurden im 2. Teil des Workshops Impulsreferate von Prof. Dettmar und Prof. Koch gehalten, die intensiv diskutiert worden sind (s. Kap. 5). Weitere Workshops auf der programmatisch-strategischen Ebene sind geplant.

2 Methode

Nach grundlegenden Informationen zum Projektgebiet (s. Kap. 3) wurde an fünf thematischen Arbeitstischen in drei Durchgängen mit wechselnden TeilnehmerInnen verschiedene Entwässerungsvarianten diskutiert und Lösungsansätze erarbeitet. Die TeilnehmerInnen waren angehalten, schwerpunktmäßig nicht auf technischer Ebene zu diskutieren, sondern insbesondere strategisch-planerisch.

Betrachtet wurden Vorteile und Nachteile der jeweiligen Variante sowie Bedarf an notwendigen Innovationen, Regel- und/oder Verfahrensänderungen.

Die Ergebnisse aus den Kleingruppen wurden durch den jeweiligen Moderator dokumentiert und anschließend dem Plenum zusammenfassend vorgestellt und diskutiert.

3 Informationen zum Projektgebiet

Herr Tietböhl vom Beziksamt Altona stellte das Projektgebiet mit dessen Besonderheiten und bisherigen Schwierigkeiten anhand von Planzeichnungen, Fotos und eigenen Erfahrungen vor. Es handelt sich um ein typisches 30er Jahre-Siedlungsgebiet mit kleinteiligen, recht einfachen Einzelgebäuden auf relativ schmalen (ca. 10 bis 15 m breit) und sehr tiefen (ca. 80 m lang) Grundstücken, die früher der Selbstversorgung dienten. Das gesamte Gebiet ist überwiegend durch die Wohnbebauung geprägt. Es gibt einen Kindergarten sowie eine kleine öffentliche Grünfläche mit angrenzendem Spiel- und Bolzplatz am Pieperweg/ Ecke Lütt-Iserbrook. Am Pieperweg wurde in den 80er Jahren ein Regenrückhaltebecken mit Geschosswohnungsbau überbaut.

Mittlerweile wird die vorwiegend eher alte Bevölkerungsstruktur durch Zuziehen von Familien jünger. Größere Gebäude und kleinere Gärten, vorwiegend ohne Obst- und Gemüseanbau (Selbstversorgerprinzip) prägen mehr und mehr das Gebiet.

Die Geländetopographie zeigt ein deutliches Gefälle von Süd nach Nord. Von einem Hochpunkt im Südwesten fällt das Gelände nach Nordosten mit einem Höhenunterschied von etwa 11 m. Das südliche B-Plangebiet Iserbrook 23 ist überwiegend durch wasserundurchlässige Bodenschichten geprägt, die zur Bildung von Stau- bzw. Schichtenwasser führen, das im tiefer liegenden Gebiet Iserbrook 6 an der Oberfläche austritt, zu Vernässungen und somit zu Schäden an Gebäuden führt. Eine Versickerung des Oberflächenwassers im gesamten Plangebiet wird von den Bodengutachtern als schwierig eingestuft.

Das gesamte Plangebiet verfügt über ein System von Mischwasserleitungen (ebenso das umliegende Gebiet). Das Mischwasser wird zum Klärwerk Hetlingen geleitet. Im Falle von Starkregenereignissen ist das Mischwasserrückhaltebecken Bullnwisch zwischengeschaltet mit einem Notüberlauf in die Wedeler Au. Hier kommt es durchschnittlich zu einem Überlaufereignis pro Jahr. Dokumentiert ist, dass es bereits 1935 Probleme mit Oberflächenwasser gab, eine Unterkellerung der Gebäude war in dem moorigen Gebiet nicht möglich. Herr Borstelmann ergänzt, dass neue Gebäude auf einer Art „Warft“ gebaut werden.

Bis in die 1970er Jahre gab es am Pieperweg ein Regenrückhaltebecken von etwa 10.000 m² mit technischer und Freiflächenfunktion, das jedoch im Zuge der o.g. Baumaßnahme der BVG zugeschüttet wurde. Zu diesem Zeitpunkt wurden auch die Siele weiter ausgebaut, die heute jedoch hydraulisch voll ausgelastet sind.

Im Zuge des B-Plan-Verfahrens wurde 1997 für den Bereich Iserbrook 6 ein wasserwirtschaftliches Planfeststellungsverfahren durchgeführt, das aufgrund diverser Einwendungen der ansässigen Anwohner 1999 eingestellt wurde.

2003/04 wurde eine Hydraulische Untersuchung erarbeitet mit unterschiedlichen Varianten zur Oberflächenentwässerung (s. Variantenübersicht im Anhang: Sielausbau, Entwässerung durch Rigolen, Regenwassernutzung durch Zisternen, offene Abführung durch Gräben, teilweise gekoppelt mit dem Bau von neuen Rückhaltevorrichtungen außerhalb des Geltungsbereichs), alles unter der Maßgabe einer Nachverdichtung auf den rückwärtigen Grundstücken. Aus überwiegend finanziellen Gründen (geschätzte 3-5 Millionen Euro Gesamtkosten je nach Variante) wurde eine Neukonzeptionierung zunächst wieder verworfen. Aufgrund der immer noch ungeklärten Oberflächenwasserproblematik und der damit verbundenen ungesicherten Erschließung wurden die B-Plan-Verfahren 2007 eingestellt.

Die Bedingungen haben sich jedoch mittlerweile u.a. durch die Wohnungsbauoffensive des Senats geändert. Im Falle einer Nachverdichtung könnten zukünftig auch einige wenige städtische Grundstücksflächen, die ursprünglich zur Bebauung angedacht waren (s. Anlage), sowie die o.g. öffentlichen Grünflächen als Teil des Entwässerungssystems mit angedacht werden.

Abb.1: Iserbrook 6 und 23: Luftbild, 2009
(Quelle: HCU Hamburg, Karte: Landesbetrieb Geoinformation und Vermessung)

4 Arbeitsergebnisse der Kleingruppen

4.1 Variante A: Rückhalten auf dem Einzelgrundstück

Gruppenleiter: Werner Steinke

ERGEBNISSE DER KLEINGRUPPEN:

Die drei Gruppen sind zu vergleichbaren Ergebnissen gekommen. Voraussetzung war, sich dem Thema unvoreingenommen zu widmen und „Nachteile“ der Variante zunächst auszublenden.

Notwendige Innovation der Variante ist die finanzielle Entlastung der Eigentümer, z.B. durch gezielte Förderungsmaßnahmen bei Realisierung von dezentralen Anlagen zur Versickerung, zur Nutzung oder zur Retention auf dem Grundstück. Denkbar ist beispielsweise eine zweckgebundene Nutzung der neu eingeführten Regenwassergebühr oder nach dem Vorbild des Regenwasserportals im Ruhrgebiet (→ http://www.eglv.de/wasserportal.html). Die in Hamburg geplante Regenwassergebühr entspricht dem fiskalischen Prinzip einer Gebühr, nicht einer Steuer. Gebühren wiederum können, so es politisch gewollt ist, zweckgebunden für so genannte Minderungsmaßnahmen eingesetzt werden. Minderungsmaßnahmen können Dachbegrünungen, Regenwassernutzungsanlagen oder Versickerungsanlagen auf den Grundstücken sein. Regenwassernutzungsanlagen hätten den Vorteil, dass ein Teil der in den Gebäuden anfallenden Betriebskosten gesenkt werden können. Eine typische win-win Situation. Problem bei diesen Minderungsmaßnahmen ist das im Moment nur schwer einzuschätzende Minderungspotential.

Diskutiert wurde, auf welcher Ebene die Rückhaltung stattfinden sollte. Hier wurde über eine „Clusterung“ nachgedacht in verschiedenen Maßstäben:

- vom Einzelgrundstück,
- über Blockcluster
- bis hin zur Betrachtung des gesamten B-Plangebiets als ein Cluster.

Hier ist eine Kopplung einzelner Maßnahmen und eine Optimierung der einzelnen Komponenten notwendig. Die Ausschöpfung der maximalen Potentiale der Dachbegrünung inkl. Anrechenbarkeit bei der Retention und der Regenwassernutzung bedarf einer Bestimmung des Mengengerüstes, z.B. im Rahmen eines Pilotprojektes.

Auch die Zielsetzung, gar kein Regenwasser in die Siele einzuleiten, wurde diskutiert, bis hin zur Auflage „kein Wasser verlässt das Plangebiet“.

Die Anpassung der Bebauungsstruktur an die Rahmenbedingungen der Oberflächenentwässerung ist hierbei unabdingbar. Bei den verschiedenen Überlegungen könnte beispielweise städtebaulich eine Blockrandbebauung mit geöffneten oder geschlossenen Blöcken mit Innenhöfen als passende Bauweise in Betracht gezogen werden. Eine „Hinterland-Bebauung“ würde konzeptionell die Flächen zur Versickerung deutlich minimieren (s. Skizze Abb 2).

Vorteil der Variante ist, dass keine Erschließungskosten für die öffentliche Hand entstehen. Notwendig sind gesetzliche Änderungen des Hamburgischen Abwassergesetzes (§7 Herstellung und Genehmigung des Anschlusses) sowie im BauGB zum Thema Versickerung; im Wassergesetz zum Thema Versickerung und Nutzung.

DISKUSSIONSBEITRÄGE IM PLENUM:

- Aus dem natürlichen Gefälle des Gebiets ergeben sich automatisch Ableitungsmechanismen, der Verbleib im Gebiet ist u.U. gar nicht möglich.
- Das Denken in Clustern ist nicht nur auf Iserbrook bezogen, sondern dient als allgemeiner Anhaltspunkt.
- Bei Entwässerungsfragen müssen Neubau und Bestandsbauten gemeinsam betrachtet werden, u.a. ist dafür als Grundlage das Abwassergesetz zu ändern oder ein anderer gesetzlicher Rahmen muss gebildet werden.
- Die Regenwassergebühr (nicht „Regensteuer“ zu nennen!) ist nicht so einfach zweckgebunden einzusetzen.
- Auf Nachfrage, welche Kriterien für die Clustergröße eine Rolle spielen und ob dabei eine Anlehnung an Wasser- oder Bodenverbände denkbar wäre, wird betont, dass bestehende Bebauungsstrukturen hinterfragt werden müssen und sinnvolle Einheiten gebildet werden, die im Detail zu erarbeiten seien Regenwassernutzungen und Dachbegrünungen kommen in den B-Plänen oft nur als Absichtsbekundungen in den Begründungen vor, nicht aber als verbindliche Festsetzungen.

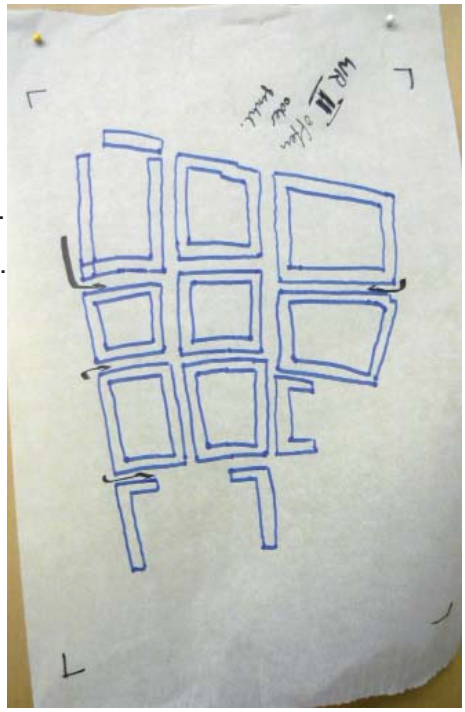


Abb.2: Bebauungsstrukturen: Blockrand und Höfe

4.2 Variante B: Ableiten über Gräben aus dem Gebiet

Gruppenleiter: Wolfgang Dickhaut

ERGEBNISSE DER KLEINGRUPPEN:

Neben der Diskussion der Vor- und Nachteile der Variante wurde der Fokus auf die Herausarbeitung von notwendigen Innovationen für die Umsetzung gelegt. Dabei lassen sich folgende Aspekte zusammenfassen:

Die Gestaltung der Gräben auf privaten Flächen muss mehr als Chance für die Eigentümer betrachtet und entwickelt werden. Hierbei sollten Einschränkungen relativiert und Positivdenken gestärkt werden. Die Gestaltung der Flächen –nach festgelegten Grundprinzipien- sollte dabei den Eigentümern überlassen werden.

Zentrales Thema war die Einführung eines Wasserverbandes oder Bodenver-bandes. Häufig kam die Einschätzung, dass diese Organisationsform eine gute Lösungsmöglichkeit für die Unterhaltungsfragen wäre, aber in einem Bestands-gebiet schwierig umzusetzen sei. Es herrscht diesbezüglich eine hohe Skepsis. Vorhandene Kenntnisse aus dem Rechtsgutachten des Kompetenznetzwerkes Hamburg Wasser müssten noch besser kommuniziert werden. Regelwerke seien zu ändern, denkbar wäre möglicherweise die Schaffung einer neuen Rechtsform nach dem Vorbild von Eigentümergemeinschaften zur vereinfachten Einführung des Verbandes (WaBo-Verband-light).

Beim Verbleib der Zuständigkeit für die Gräben beim Bezirk sind nach geltendem Regelwerk große Querschnitte für die Unterhaltung notwendig. Eine Änderung der Regelwerke für diese Grabentypen sollte überprüft werden.

Wenn das Regenwasser aus dem Gebiet herausgeleitet und auf den landwirt-schaftlichen Flächen bewirtschaftet wird, bekommt das Thema Mitbenutzung eine neue Dimension: Neben der Funktion der Ableitung und Zwischenspeicherung könnten die Flächen gleichzeitig anderweitig genutzt werden. Als Beispiel wird die Bewirtschaftung der Flächen mit Wasserbüffeln und zur Biomasseproduktion genannt, was eine Aufwertung/Wertschöpfung der sonst meist ungenutzten Fläche bedeutet.

DISKUSSIONSBEITRÄGE IM PLENUM:

- Die Anordnung der Gräben im Straßenbereich der Bestandsstraßen ist nur dann umsetzbar, wenn Flächen von den privaten Grundstücken abgeschnitten werden. Bei neuen Erschließungsstraßen können die Gräben flächenmäßig gleich mit geplant werden, die Frage der Unterhaltung im öffentlichen Raum ist dann geklärt.
- Frage: Wie werden bei privaten Gräben Fließgeschwindigkeiten etc. koordiniert? Es können Festsetzungen zur Ausgestaltung der Gräben getroffen werden ver-gleichbar Festsetzungen zur Gestaltung von Gebäuden.
- Bei einem Eigentümerwechsel muss das Zusammenspiel des Entwässerungs-systems, gemeint ist die Funktionsfähigkeit des Grabensystems, aufrecht erhal-ten bleiben, die neuen Eigentümer müssen über die Unterhaltung der Gräben informiert werden. Ebenso sei eine Verhaltensänderung und Sensibilisierung im Umgang mit dem Wasser nötig, Beispiel Autowaschen bei Trennkanalisation.
- Private Gewässer sind kein Sonderfall und nichts Neues, es bestand schon im-mer eine Gestaltungsfreiheit für private Gewässer.

4.3 Variante C: Mitbenutzung von Straßen und Grünflächen

Gruppenleiterin: Elke Kruse

ERGEBNISSE DER KLEINGRUPPEN:

Für das B-Plangebiet wurde ein beispielhaftes Konzept erarbeitet, wie eine Mitbenutzung von Straßen und Grünflächen aussehen könnte (s. Abb.3). Dazu wurde das Gebiet entsprechend der Topographie zweigeteilt:

Im westlichen Bereich wird das Niederschlagswasser über eine neu geplante Stichstraße, die die Baugrundstücke in der zweiten Reihe erschließt, entsprechend dem natürlichen Gefälle nach Norden zur öffentlichen Grünfläche am Pieperweg geleitet. Je nach Intensität des Regenereignisses versickert das Niederschlagswasser dort bzw. wird kurzzeitig zwischengespeichert und versickert zeitverzögert. Die Grünfläche wird entsprechend umgestaltet.

Im mittleren und östlichen Bereich werden die Straßen umgebaut, so dass das Wasser gesammelt und zum privaten Parkplatz der BVG abgeleitet wird. Hier befindet sich der natürliche Tiefpunkt des Gebietes. Die in Ost-West-Richtung verlaufenden Stichstraßen dienen als Stauraum

bei Starkregen und können in dieser Zeit nicht befahren werden. Die in Nord-Süd-Richtung verlaufenden Straßen dienen der Ableitung des Niederschlagswassers. Eine Befahrbarkeit dieser Straßen ist dauerhaft gewährleistet. Von hier aus können alle Grundstücke erreicht werden. Durch den Umbau der Straßen wird das Gebiet als verkehrsberuhigter Bereich gestaltet.

Am natürlichen Tiefpunkt im Norden des Gebietes hat sich ehemals das Rückhaltebecken befunden, das jetzt durch den BVE mit Wohngebäuden und einem Parkplatz bebaut wurde. Durch den Umbau des Parkplatzes soll dort zum einen das Niederschlagswasser temporär gespeichert werden, ggf. durch zusätzliche Rigolen im Untergrund. Zum anderen sollen die Gartenbereiche um die BVE-Gebäude ebenfalls mitbenutzt und entsprechend umgestaltet werden. Diese befinden sich in öffentlicher Hand, sind jedoch derzeit an die Mitglieder der Siedlergemeinschaft Senator-Paul-Neumann-Siedlung (angrenzende Einzelhausbebauung) verpachtet.

Straßenprofile:

Verschiedene Straßenprofile können ausgebildet werden, um das Niederschlagswasser oberflächlich über die Straße abzuleiten bzw. dort temporär zu speichern (s. Abb. 3 - Schnitte). Je nach Straßenbreite kann das Straßenprofil entweder beidseitig ein Gefälle nach außen erhalten oder bei schmaleren Straßenprofilen einseitig. Durch die Schaffung von kleinen „Rückhaltezonen“ durch Bodenschwellen (s. Abb. 4 – Grundrisse) wird das Niederschlagswasserasser gesammelt und verzögert abgeleitet. Je nach Gefälle können die Rückhaltezonen ein- oder beidseitig versetzt angeordnet werden. Die Darstellung des Stauraums im Längsschnitt (s. Abb. 5) gilt für beide Fälle und deutet an, wie das Niederschlagswasserasser gesammelt und verzögert weitergeleitet wird.

Eine dritte Möglichkeit zur Ausbildung des Straßenprofils ist die Ausbildung einer Wanne in der Mitte der Straße mit schmalen Fahrbahnen am Rand.

Vorteile der Variante:

- Straße als neues „Element“ des Systems.
- Es wird zusätzlicher Stauraum geschaffen, der die Ableitung verzögert.
- Private Flächen werden verschont.
- Im öffentlichen Raum ist eine Mitbenutzung rechtlich durchsetzbar und planerisch regelbar.

Nachteile der Variante:

- Alle Straßen müssen umgebaut werden (Kosten, Aufwand).
- Kleinräumig ggf. nur geringes Stauvolumen.

- zeitweise eingeschränkte Nutzbarkeit der Straßen.
- Eis und Schnee → Glättegefahr.

Zu beachten:

- Rettungswege sind zu berücksichtigen.
- Nutzungsinseln auf den Grünflächen vorsehen.
- Ständige Vernässung ist zu vermeiden.
- Strömendes, schwallartig fließendes Niederschlagswasser ist zu vermeiden.
- Mitbenutzung nur als ein zusätzliches Element im System.

Abb. 3: Beispielhaftes Konzept zur Mitbenutzung

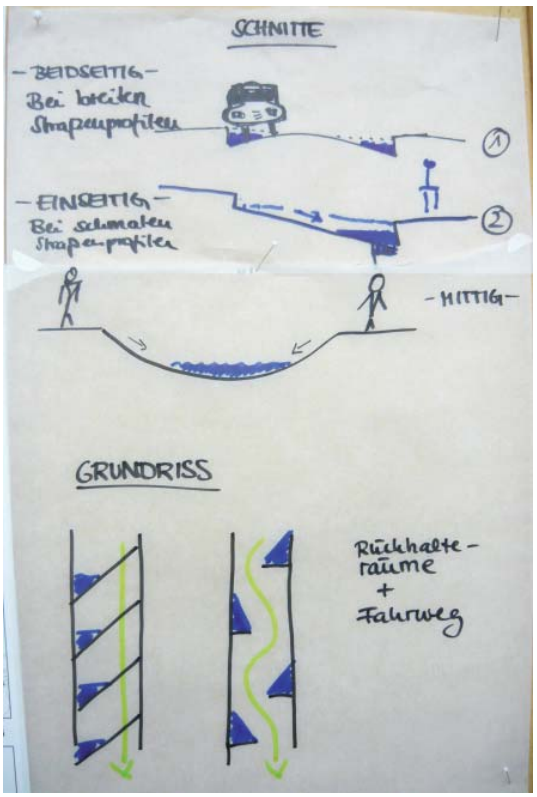


Abb. 4: Straßenprofil im Schnitt und Grundriss

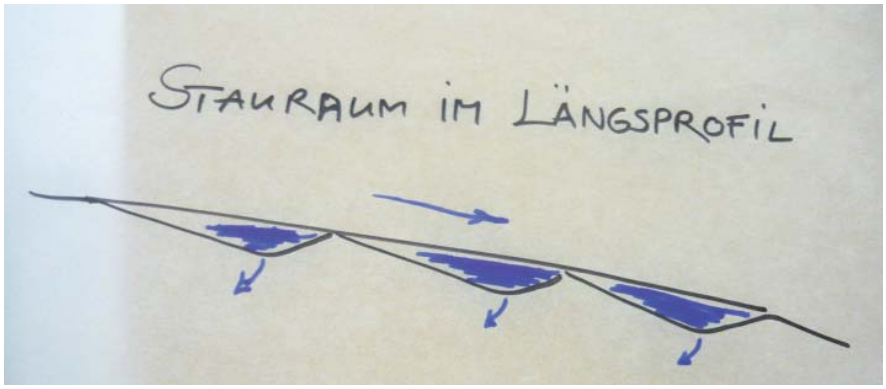


Abb. 5: Straßenprofil, Stauraum im Längsschnitt

Was müssen wir ändern bzw. wo sind Klärungen notwendig?

- Häufigkeit der Mitbenutzung: dies muss definiert werden.
- Sicherheits-/Gefahrenaspekte: Welche sind zu beachten und wie kann dies planerisch umgesetzt werden? Bei dem Thema Mitbenutzung sind vor allem Kinder und Menschen mit körperlichen Einschränkungen zu berücksichtigen. Außerdem sind Anpassungen im Hamburger Wegegesetz, PLAST und Entwurfsrichtlinien vorzunehmen.
- Die Kostenverteilung, Zuständigkeit und Betrieb: Dies ist vor allem für die Wiederherstellung von Grünflächen nach Überflutung zu klären. Vorschlag: Wiederherstellung durch denjenigen, der die Leitungsrechte hat.
- Sicherstellung der Erschließung mit Hilfe von Privaten: Änderungssatzung, ein funktionsfähiges übergeordnetes Konzept muss gewährleistet sein.
- Öffentlichkeitsarbeit: Das System muss von den Bürgern verstanden werden; es muss eine Duldung oder besser noch Akzeptanz von zeitweise überfluteten Flächen erreicht werden. Die Mitverantwortung von Privat (kleinräumig) und Kommune (übergeordnet) ist notwendig.
- Entwicklung neuer „Bilder“ vom Niederschlagswasser in der Stadt: es müssen mit Hilfe des Niederschlagswasser neue Qualitäten des Stadtraumes geschaffen werden, die Überflutungen attraktiv machen und positiv belegen.

DISKUSSIONSBEITRÄGE IM PLENUM:

- Bislang ist es nicht üblich, Wasser von privaten Flächen in den Straßenraum abzuleiten. Gesetzlich sei dies nicht verankert. Eine Änderung der PLAST sei in dem Punkt notwendig, dass eine Straße nicht immer wasserfrei sein muss, aber ein Abfließen so schnell wie möglich gewährleitet sein muss. Der Normalzustand des Straßenraumes muss schnell wiederhergestellt werden.
- Der Straßenraum kann nur als Teilmaßnahme in Kombination mit anderen Maßnahmen betrachtet werden. Der Straßenraum biete nicht viel Platz, da Rettungswege und Erschießung gesichert sein müssen. Auch die Gestaltungsfreiheit sei begrenzt.
- Mitbenutzungen von Straßenräumen sind am ehesten in Gebieten wie Iserbrook denkbar, da diese weder innerstädtisch liegen noch dicht bebaut sind. Ein verzögerter und gezielter Abfluss bedürfe in Iserbrook aufgrund des starken Höhenunterschiedes von 11m jedoch einer detaillierten Planung.

4.4 Variante D: Versickern

Gruppenleiter: Tobias Ernst

ERGEBNISSE DER KLEINGRUPPEN:

Eine (Teil-)Versickerung im Plangebiet wäre im nördlichen Bereich eine Lösung, um eine Nachverdichtung zu ermöglichen, Im südlichen Bereich könnte die bestehende Stauwasser-Problematik durch ein Mulden-Rigolen-System bewirtschaftet und damit entschärft werden. Versickerungsmaßnahmen können mit Gründächern und / oder Regenwassernutzung kombiniert werden. Ob es nötig ist, eine gedrosselte Ableitung von Niederschlagswasser mittels eines Mulden-Rigolen-Systems vorzusehen, kann mit den in Hamburg zur Verfügung stehenden Datengrundlagen nicht beantwortet werden,

Vorteile der Variante:

- Entlastung des Mischwassersiels.
- Versickerung kann flexible Lösung sein.
- Oberflächennaher Stauwasserspiegel kann kontrolliert werden.
- Ableitung kann kontrolliert werden (Drosselung).
- Verursacherprinzip wird berücksichtigt.
- Verpflichtung der öffentlichen Hand wird reduziert (Kostenverteilung).

Nachteile der Variante:

- Gefahr: Grundstücks-/Bauwerksvernässung.
- Beeinträchtigung des Grundwassers möglich.
- Nutzungseinschränkungen (private/öffentliche Flächen).
- Betrieb/Wartung unsicher, wenn privat.

Untersuchungsbedarf:

- Rechtliche Modelle: Festsetzungen zur Steuerung, Errichtung, sicherer Betrieb.
- Kostenaspekte und Zuständigkeiten für Bau und Betrieb klären; Wartung privat oder öffentlich?
- Modelle aufstellen zur Klärung: den Privaten überlassen oder öffentlich steuern; Organisationsformen: Eigentümergemeinschaft, Wasserverband.
- Prüfung der Bewirtschaftungsfähigkeiten (hydrologisch, strukturell) und Konsequenzen.
- Wie wird der Altbestand behandelt? Baukörper hinterfragen und ggf. ändern. Nachverdichtung rückprüfen unter Berücksichtigung der Wasserbewirtschaftung.

DISKUSSIONSBEITRÄGE IM PLENUM:

Die Teilnehmer stimmen überein, dass das Plangebiet für eine Versickerung keine optimalen hydrogeologischen Voraussetzungen (Grundmoränen, Stau- und Schichtenwasser, Grundwasser-Flurabstände) aufweist, eine Versickerung in Teilbereichen jedoch möglich ist, insbesondere, wenn Staunässe und Schichtenwasser mit einem Mulden-Rigolen-System bewirtschaftet und gedrosselt abgeleitet werden können. Ob und in welchem Umfang dies notwendig wäre, müsste mit geeigneten Methoden vor Ort untersucht werden. Frau Holl teilt mit, dass eine Versickerungskarte bei der BSU in Arbeit ist, die die fehlenden Informationen zur Staunässegefährdung vervollständigen soll. Damit ließen sich Auswirkungen auf Gebäudebestand und benachbarte Grundstücke besser bewerten.

4.5 Variante E: ...oder vielleicht doch ganz anders? Neue Ansätze

Gruppenleiterin: Sabine Andresen

ERGEBNISSE DER KLEINGRUPPEN:

Wichtigste Anregung ist, sich vom Bebauungskonzept des derzeitigen B-Planentwurfs zu lösen und städtebaulich/freiraumplanerisch neu zu denken. Die gedankliche Herangehensweise an die bauliche Nachverdichtung sollte prinzipiell umgedreht werden: Da es sich um ein schon immer feuchtes, stauwassergeprägtes Gebiet handelt, muss sich die Bebauung bzgl. Bauweise, Typologie und Dichte an die Entwässerung anpassen und nicht die Entwässerung an die Bebauung (z.B. in Form von aufgeständerten Pfahlbauten mit Stegerschließung oder „Water Houses“). Auch die Freiraumnutzung ist im Zusammenhang mit temporärem Wasser neu zu denken und auszugestalten („Wassergärten“).

Konzeptvorschlag für den Südteil bis Wisserweg (s. Abb. 6):

In der „Blockmitte“ entsteht eine an die temporär hohen Wasserstände angepasste Bebauungszeile auf Pfählen. Unter den Gebäuden und drum herum wird das Gebiet über offene Gräben und Mulden in Richtung Norden entwässert. Auch das Oberflächenwasser der angrenzenden Bestandsbebauung kann aufgenommen werden (und damit die Entwässerungssituation verbessert werden), in dem im Bereich der Neubebauung die Blockmitte großflächig ausgetieft wird. Nicht versickerndes bzw. nicht verdunstendes Wasser kann im Notfall auf den nördlich angrenzenden Freiflächen (Spiel- und Bolzplatz bzw. Stellplatzfläche des Geschosswohnungsbaus) zwischengespeichert und versickert werden.

Das Konzept ist kombiniert mit weiteren ressourcenschonenden Maßnahmen:

- Das Rückhaltepotential von Dachbegrünung und die Möglichkeiten der Regenwassernutzung sollten ausgeschöpft werden.
- Sinnvoll wäre ein Konzept autoarmes oder autofreies Wohnen, um die Versiegelung durch Erschließungsflächen auf ein Mindestmaß reduzieren zu können.

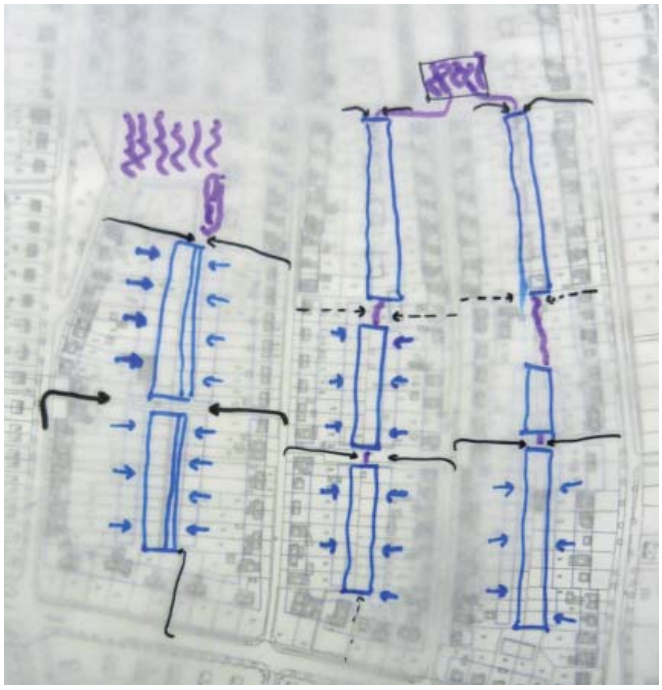


Abb. 6: Konzeptvorschlag für eine wasserangepasste Bebauung in der „Blockmitte“

Weitere Vorschläge:

- Städtebauliches Leitbild „Klein-Venedig“: Wasserflächen und Gräben, ob temporär oder ständig wasserführend, werden überall dort, wo möglich, angelegt bzw. temporär geduldet: auf öffentlichen Freiflächen, in den privaten Gärten, auf privaten Stellplatzflächen, im Bereich der „Dungwege“ (öffentliche Fußwegeerschließung) und Straßen, in Gesamt-Iserbrook (nicht nur im B-Plangebiet).
- Wassertürme/Speicher bauen als technisch innovative Bauwerke im Bereich von „Hotspots“
- Stärkere Mitbenutzung der Straßen als Ableitungswege und Rückhaltezone. (techn. Voraussetzung: Drosselung/Einkapselung der MW-Siele, vor allem auch in den Hauptstraßen).
- Einsatz von intelligent gesteuerten Zisternensystemen (zentral und dezentral), die durch elektronische Steuerung unter Auswertung von Wetterprognosen vor Starkregenereignissen entleert werden.
- Einrichtung von lokalen Finanz-Fonds für Entwässerungsmaßnahmen im Gebiet: „Profiteure“ (Neubürger) zahlen zweckgebunden ein, dezentrale Maßnahmen für das gesamte Quartier werden aus dem Fond bezahlt.
- Abriss der BVE-Gebäude im nördlichen Bereich, an der Stelle Bau einer offenen Rückhal-

tevorrichtung (wie vor der BVE-Bebauung) mit Freiraumqualitäten „wie früher“: Spielen, Aufenthalt, Schlittschuhlaufen….

- Water Improvement District (wip): Prinzip der Eingriffsregelung transportieren auf das Wasserrecht: wer baut und das Gewässersystem durch Versiegelung stärker belastet, zahlt eine Abgabe für dezentrale, quartiers- und wasserbezogene Ausgleichsmaßnahmen

Veränderungsnotwendigkeiten:

- HamAbW: Regelwerksänderungen → Überstauhäufigkeiten
- Verkehr/Straßenplanung: Regelwerksänderungen im Hinblick auf die Mitbenutzungsmöglichkeiten des Straßenraums für Rückhalt und Einstau von Oberflächenwasser (Rahmen: Nutzbarkeit der Straßen muss weiter gewährleistet sein).
- Naturschutz/Eingriffsregelung: Neubau von offenen Gräben und Kanälen = ausgleichspflichtiger Eingriff?
- Planfeststellungsverfahren: Bedeutung/Relevanz von Einwendungen gegen offene Gräben?
- Überflutungsnachweis ab 800 qm
- B-Plan-Festsetzungen:
  - Möglichkeit des Ausschlusses von Kellern nutzen,
  - Höhenfestlegungen treffen zur Verhinderung von Warftenbildung bei Neubauten
  - quantitative Einleitbegrenzungen festsetzen

DISKUSSIONSBEITRÄGE IM PLENUM:

- zur Idee der Clusterung: eine Clusterung muss gar nicht nur räumlich gedacht werden, sondern auch akteursbezogen. So könnte z.B. die SAGA GWG oder andere Wohnungsbaugesellschaften als großer Flächeneigentümer ein Cluster bilden, die sich zu einem bestimmten Umgang mit dem Regenwasser bekennt.
- In Iserbrook kann nicht auf klassische Lösungen zurückgegriffen werden. Die Bebauung laut derzeitigem B-Plan müsse überplant werden und im Hinblick auf die Klientel der potenziellen Bauherren nicht nur Einzelhäuser gedacht werden.
- Eine wichtige Problematik wird in der Unterbesetzung der Stadtplanung gesehen. Die Stadtplanung könnte ein deutliches Zeichen setzen, wohin es in Hamburg geht. Die Prioritäten müssten anders gesetzt werden müssten, sodass mehr Kapazitäten bei Stadtplanung und Verkehrsplanung geschaffen werden.

5 Über den Tellerrand von Iserbrook: Strategische Anregungen und Workshop-Reflexionen

5.1 Anregungen/Statement von Prof. Dettmar

Der Workshop hat gezeigt, dass der kreative Austausch der unterschiedlichen Behördenvertreter und einiger externer Fachleute zum Thema Regenwassermanagement und Hochwasserschutz am Beispiel des B-Plan Gebietes Iserbrook 6/23 konstruktiv und ertragreich sein kann. Es wurden eine Reihe von neuen Ideen entwickelt bzw. vorhandene Lösungsansätze modifiziert.

Wie bereits in dem ersten Entwurf der Studie vom Kollegen Dickhaut ausgeführt[1] wird von vielen Verwaltungsmitarbeitern der mangelnde fachliche Austausch bei der Bearbeitung von B-Plänen vermisst. Dies ist auch eine Konsequenz der Verlagerung vieler Aufgaben in die Bezirke. Für die Entwicklung neuer Ansätze gerade auch bei der Regenwasserbewirtschaftung stellt sich dies als sehr negativ heraus.

Es fehlt offensichtlich auch an Kenntnissen über andere Ansätze in B-Plänen oder städtebaulichen Verträgen in Deutschland. In diesem Zusammenhang sind z.B. die Messestadt Riem oder die Siedlung Ackermannbogen in München sehr interessant und lehrreich (Quellen dazu habe ich bereits an den Kollegen Dickhaut gesendet).

Auf die einzelnen Ergebnisse bzgl. Iserbrook will ich hier nicht näher eingehen, sondern eher über den Tellerrand schauen, wie ich dies in meinem Statement im Workshop auch versucht habe.

Strategien für den Bestand

Bezogen auf die Zielsetzung von RISA sind die Neubau - oder Nachverdichtungsgebiete in Hamburg eher nachrangig. Selbst wenn 6000 WE realisiert werden sollten, macht dies hochgerechnet eine Gesamtfläche neuer Siedlungsgebiete von vielleicht 60 ha aus. Im Vergleich zu dem vorhandenen Siedlungsbestand ist dies kaum relevant. Trotzdem sind natürlich die Handlungsspielräume im Neu- oder Nachverdichtungsbau größer als im Bestand.

Aus meiner Sicht ist nicht wirklich nachvollziehbar, mit welcher Strategie die Vielzahl an Arbeitsgruppen im RISA Projekt gebildet wurden und was dort passiert. Analog dem Vorgehen im Ruhrgebiet wäre eine andere Vorgehensweise aus meiner Sicht sinnvoller gewesen.

[1] HCU Prof. Wolfgang Dickhaut, Sabine Andresen: Integration dezentraler Regenwasserbewirtschaftung in die Hamburger Bebauungs- und Genehmigungsplanung: Analyse und Handlungsschwerpunkte, Zwischenbericht Mai 2011

Dabei erscheinen mir folgende Schritte sinnvoll:

- Analyse und Bestimmung der Hot Spots unzureichender Entwässerung bei Starkregenereignissen in HH. Darstellung auf einer Karte und Veröffentlichung
- Bestimmung der wesentlichen Defizite der unzureichenden Entwässerung und Untersuchung möglicher Lösungsansätze
- Risikoabschätzung der zu erwartenden Schäden bei Überflutungen im privaten und öffentlichen Bereich inkl. einer volkswirtschaftlichen Bewertung und einer Einschätzung möglicher politischer Konsequenzen
- Erarbeitung einer Potentialkarte für die Abkoppelung von Regenwasser zunächst für die kritischen Bereiche, dann für die gesamte Stadt. (In der Potentialkarte werden die Bodeneigenschaften, die Grundwasserstände, die Versiegelungsanteile bewertet)
- Aufstellung einer Prioritätenliste der abzukoppelnden Siedlungsflächen. Nach den Erfahrungen der Emscher Genossenschaft im Ruhrgebiet sind hier vor allem große Eigentümer mit großen Flächeneinheiten bei starker Versiegelung interessant. Also z.B. Industrie- und Gewerbeflächen, Wohnungsbaugesellschaften z.B. Saga oder Schulen, Verwaltungsbauten, Verkehrsflächen etc.
- Untersuchung der Fördermöglichkeiten für die Abkoppelung in HH. Bausteine sind dabei:

  - die Einführung einer neuen Gebührensatzung (Abwasser/Regenwasser) getrennt möglichst mit Realflächenbezug und Meldung durch die Eigentümer.

  - die Prüfung der Auflage direkter Förderinstrumente durch die Stadt bzw. durch Ham burg Wasser für die Unterstützung der Abkoppelung, wie z.B. im Ruhrgebiet. Dazu gehört auch eine Transparenz der Investitionsplanung von Hamburg Wasser bei der Sielnetzerneuerung.

  - ein weiterer Baustein ist die Nutzung der Sanierungswelle bei privaten Kanälen im Zuge der anstehenden Dichtigkeitsprüfung. Wünschenswert wäre die Übertragung des Münchener Beispiels aus der Entwässerungssatzung, die eine Handhabe bietet bei entsprechenden Eingriffen Auflagen für die Abkoppelung zu machen.

Wichtig erscheint mir vor allem, dass vor dem Hintergrund der Schadensszenarien der private und öffentliche Sektor gemeinsam – mindestens in den besonders kritischen Stadtbereichen - nach einer Lösung zur Finanzierung von Abkoppelungsmaßnahmen suchen. Das betrifft nicht nur die Flächen- und Gebäudeeigner sondern auch die Wirtschaftsbetriebe und die Versicherungen, die für eventuelle Schäden durch Überflutungen aufkommen müssen. Dies setzt allerdings auf der Seite der Stadt und Hamburg Wasser große Transparenz und Offenheit voraus.

Koppelung der Themen – Suche nach Allianzen

Das Thema Regenwasser muss immer im Kontext anderer notwendiger Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel gesehen werden. Die rein technische Betrachtung der schadlosen Bewirtschaftung von Starkregenereignissen oder dem Regenwasser insgesamt reicht nicht aus. Die Potentiale des Regenwassers für die Kühlung überhitzter Stadtquartiere sollte untersucht und genutzt werden. Das Thema gesundheitliche Risiken von Überhitzung muss gespielt und die Allianz mit Medizinern und Stadtklimatologen sollte gesucht werden. Weiterhin ist die energetische Nutzung von Wasserflächen, Grundwasser und Regenwasserrückhaltebecken als Speicher zu beachten und strategisch auszubauen.

Auf die Möglichkeit der Mehrfachnutzung von Straßen- oder anderen Verkehrsflächen als Rückhalteraum ist ja auch im Workshop wiederholt hingewiesen worden. Dabei müssen nicht nur die Lasten, sondern auch die Chancen oder Vorteile für den Straßenlastträger vermittelt werden, z.B. im Bereich der Unterhaltung oder der Cofinanzierung beim Neubau oder Sanierung.

Ähnliches gilt für die öffentlichen oder auch halböffentlichen Grünflächen. Eine Nutzung als Rückstau- oder Versickerungsraum darf nicht nur als Belastung bzw. Nutzungseinschränkung diskutiert werden, sondern es geht darum, nach Chancen und Möglichkeiten für die Mehrfachnutzung zu suchen. Warum sollten nicht einmal systematisch die entsprechenden Grünflächen in einem Bezirk darauf hin untersucht werden um belastbare Grundlagen zu haben, auf deren Basis planerische Konzepte überhaupt erst mal entstehen können.

5.2 Anregungen/Statement von Prof. Koch

Erfahrungstransfer

Der Workshop war ein sehr geeignetes Mittel, anhand einer ganz konkreten planerischen Situation, die den meisten bekannt oder durch die räumliche Nähe und bekannten Verwaltungsstrukturen und -abläufen zugänglich war, disziplinäre Synergien praktisch auszuleuchten.

Die notwendige Offenheit unter den Teilnehmern konnte durch die Dramaturgie sowie das Interesse und Engagement der Beteiligten geschaffen werden.

Meines Erachtens sind nur durch diese Unmittelbarkeit der gemeinsamen Anschauung wirkliche Verständigungsprozesse und Erfahrungsaustausche möglich. Ich war überrascht von der Produktivität der Arbeitsgruppen und beeindruckt über das Spektrum möglicher neuer Wege in der planerischen Umsetzung derartiger „Fälle“.

Maßarbeit

Innovative neue Wege bei der Bewältigung der behandelten Probleme des Abführens des Regenwassers sind nur möglich, wenn sich konzeptionelle Experimente mit der Experimentierfreude der Akteure verknüpfen lassen. Dann können auch vorhandene Spielräume jenseits der Routine in den bestehenden Organigrammen und rechtlichen Rahmenbedingungen entdeckt und genutzt werden.

Einstellungswandel zum Klimawandel

Der Klimawandel wird nach wie vor in Öffentlichkeit und Fachwelt sehr defensiv und melancholisch behandelt, egal ob es um Verhinderungs- bzw. Verminderungsstrategien geht oder um Anpassungsnotwendigkeiten.

Hintergrund ist oftmals eine Vorstellung von heiler Welt und deren Bedrohung durch das Böse. Ähnliches gilt bezüglich der Auseinandersetzung mit sämtlichen Erzeugnissen unserer modernen Lebensweise, die nicht in dieses oftmals retrospektive Bild von einer heilen Welt passen. Ein Festhalten an althergebrachten Vorgehensweisen und Zuständigkeiten erschweren die produktive und kreative Auseinandersetzung mit neuen Herausforderungen und die Entwicklung angemessener Qualifizierungsstrategien.

Es geht bei der Beschäftigung mit dem Klimawandel viel weniger um rein technische Lösungsversuche, als vielmehr um eine neue Einstellung zu sich verändernden Lebensumständen, denen auf allen Ebenen menschlichen Zusammenlebens Rechnung zu tragen ist.

Gerade in Hamburg sollte es möglich sein, der Herausforderung eines produktiven Wassermanagements durch eine neue Einstellung zum Wohnen, Leben am, im, auf, unter und mit dem Wasser zu begegnen und damit den notwendigen gedanklichen und emotionalen Spielraum für die Entwicklung kreativer Lösungswege und Lösungen zu schaffen.

Dann könnte das Regenwassermanagement zu einem ebenso selbstverständlichen Element der gestaltenden Stadtplanung und des Städtebaus werden, wie – inzwischen – Verkehrsfragen oder Fragen der Freiraumentwicklung. Obwohl auch hier noch die Ausnutzung der Synergiemöglichkeiten steigerungsfähig ist.

Erkenntnisse aus der Diskussion der Varianten

Die Diskussionen in den Arbeitsgruppen über verschiedene Varianten des Umgangs mit dem Regenwasser im B-Plan Iserbrook 6/23 hat für mich folgende Erkenntnisse für das Umgehen mit derartigen Situationen gebracht:

Neue technische Lösungen

Es müssen neue technische Lösungen (offene Gräben und Rückstauflächen außerhalb von Planungsgebieten, sowie dezentrale Entsorgung durch Mulden-, Rigolen- und Zisternensysteme) geprüft werden.

Neue Verantwortlichkeiten

Die Ausgestaltung derartiger lokaler technischer Lösungen, die Rückhaltung auf dem Grundstück, die Ausgestaltung nachbarschaftlicher Systeme ruft nach neuen Verantwortlichkeiten durch die Eigentümerschaften. Diese müssen daraus auch Vorteile erhalten, finanzieller, (mit) gestaltender und nutzungsmäßiger Art.

Neue freiräumliche und städtebauliche Konzepte

Die Entwicklung neuer konzeptioneller räumlicher Entwicklungsstrategien muss sich von der sektoriellen Philosophie (Entsorgung so schnell wie möglich) verabschieden und sich öffnen für multifunktionale Ideen mehrdeutiger und mehrfach nutzbarer Außenräume, bis hin zur Eruierung neuer Wertschöpfungsmöglichkeiten landwirtschaftlicher Rückstauräume für Starkregenereignisse. Das entsprechende Beispiel Rotterdam ist mehrfach zitiert worden.

Neue Bebauungstypologien

Das Bauen unter Einbeziehung von Wasserereignissen führt zu neuen Bebauungstypologien: „flutbare Erdgeschosse, Häuser als Pontonkonstruktionen, Bebauungs-Cluster mit gemeinsa-

men Schutzvorrichtungen (Warften, Deiche…). Auch hier müssen entsprechende Pilotprojekte (zum Beispiel die „Wasserhäuser“ der IBA) noch mehr aus der „Spinnerecke“ geholt werden, oder Spinnerclubs als die angemessene Form gemeinschaftlichen Nachdenkens zu innovativen Lösungen zu kommen, endlich gesellschaftsfähig werden.

Neue / zusätzliche Akteure

Außer den Tiefbauämtern und Wasserbehörden werden Private als Eigentümer, Pächter/ Landwirte, in Vereinen oder Verbänden oder in Nachbarschaftsgruppen zu Partnern für maßgeschneiderte Lösungen, ebenso zusätzliche Fachämter, zum Beispiel die zuständigen für Straßenbau, Freiflächen und Stadtplanung. Derartige „Grenzüberschreitungen“ müssen nicht nur politisch geduldet, sondern gewünscht und entsprechend unterstützt werden.

Neue Instrumente und Verfahren

Die Phase der Festsetzung des Bebauungsplanes ist eigentlich zu spät, um konstruktiv und kreativ auf die jeweilige Situation angepasste Lösungen zu finden.

Diese müsste im Vorfeld, also dem Planungsstadium und dem Entwurf für die städtebaulichen Grundlagen eines Bebauungsplanes im Rahmen von kleinen Workshops oder kleinen Testplanungsstudien gesucht und gefunden werden.

Nur durch kooperative Verfahren der (zuvor erwähnten) relevanten Akteure können die optimalen Ausgestaltungsmöglichkeiten der Synergie von Regenwasserentsorgung, Freiraumgestaltung und städtebaulicher Struktur ermittelt werden.

Pilotbeispiel

Der im Workshop behandelte Bebauungsplan eignete sich gut, um die vorgenannten Aspekte testartig zu beleuchten.

Um die durch RISA angestoßene Debatte über einen zukunftsweisenden Umgang wirklich in der (Fach)Öffentlichkeit und der Politik zu verankern, ist das Beispiel jedoch zu wenig geeignet.

In diesem Zusammenhang:

Die in dem Workshop zugrundeliegenden Arbeitspapier festgehaltenen Ergebnisse der AG[2] sind in ihrer Breite beeindruckend, weil wohl so gut wie alle Schnittstellen und Tretminen be-

[2] HCU Prof. Wolfgang Dickhaut, Sabine Andresen: Integration dezentraler Regenwasserbewirtschaftung in die Hamburger Bebauungs- und Genehmigungsplanung: Analyse und Handlungsschwerpunkte, Zwischenbericht Mai 2011 (Endfassung November 2011)

nannt sind. Aber eine Entscheidung, in welcher Aufgabe, in welchem Beispiel, in welcher Aktion, die AG den allerbesten Ansatzpunkt sieht für einen wirkungsvollen nächsten Schritt, der die Sache voranbringt, ist nicht ersichtlich. Vielleicht sogar ein wenig Resignation ist spürbar, dass die Politik hier zu wenig unterstützend ist.

Also gälte es sie zu erreichen?!

Nach wie vor scheint mir das Hauptproblem zu sein, dass die Regenwasserentsorgung und besonders die Reaktion auf Starkregenereignisse über den kleinen verschworenen RISA-Kreis hinaus als technisches Problem gesehen wird.

Also gälte es, ein Projekt zu finden, wo verkehrliche Vorhaben oder Freiraummaßnahmen, oder Neubebauungen anstehen, die eine frühzeitige synergetische und an räumlichen Qualitäten orientierte Lösung möglich machen.

Das gemeinsame Interesse könnte sein, entweder wegen dieser Synergien weniger Geld ausgeben zu müssen oder für das gleiche Geld mehr Qualitäten zu erhalten. In jedem Fall erhielte man aber in der Klimafolgendebatte ein veritables Aushängeschild für die „Umwelthauptstadt".

Diese Suche nach neuen Querfinanzierungsmöglichkeiten müsste von der Politik vertrauensvoll begleitet werden, ohne die Drohung bei Erfolg die Ressortbudgets zu kürzen, weil es ja billiger geht.

Von besonderer Bedeutung erschiene mir in diesem Zusammenhang, die für Stadtplanung und Städtebau Verantwortlichen persönlich hier mit einzubeziehen, sie als „Komplizen" in einer herausfordernden Situation zu gewinnen. Und sich dabei auch der Unterstützung von Vertretern der Hamburger Wissenschaft zu bedienen.

Könnte die schrittweise Entwicklung bzw. Erneuerung des Uni Campus Bundesstraße, vielleicht sogar die erste Etappe, der „Klimacampus" ein geeignetes Pilotprojekt sein?

Vielleicht müsste auch, wenn das nicht längst geschehen ist, was ich vermute, eine systematische Überprüfung der „Hotspots" von Hamburg Wasser daraufhin stattfinden, wo denn in nächster Zeit größere öffentliche oder private Investitionen anstehen, auf deren Planung man noch Einfluss nehmen könnte.

ANSCHLIESSENDE DISKUSSION

- Neubauflächen nehmen gegenüber Bestandsflächen nur einen geringen Anteil ein. Es sollte mit weichen (Planungs)Instrumenten gearbeitet werden, nicht nur mit restriktiven.
- Wie können Investoren gewonnen werden, ist der Treiber die Stadt oder läuft es nur über finanzielle Anreiz? Der BVE oder die SAGA GWG könnten geeignete „Komplizen“ sein, was sich in der Vergangenheit z.B. durch die Bereitschaft zu Investitionen zum Austausch alter Heizkörper und Armaturen gezeigt habe.
- Es ist eine gute Kooperation wie beim Mannschaftsspiel gefragt. Es sei weniger mit den Investoren als mit den Straßenplanern zu kämpfen.
- Hamburg hat mit Hamburg Wasser auf jeden Fall einen starken Partner an der Seite. Die Notwendigkeit von „Komplizen“ wird betont, zu wissen, „wer weiß, wie es geht“. Erforderlich ist ein systematischer Aufbau des Regenwasserumgangs, orientiert z.B. am Schulsanierungsprogramm der SAGA GWG.
- Es müssten systematisch Karten zur Anzeige des größten Handlungsbedarfs für überschwemmungsgefährdete Gebiete erstellt werden, orientiert an den Hotspots aus der Medizin für Risikogruppen bei sommerlicher Hitze.
- Es soll erprobt werden, wie es bei der Bevölkerung ankomme, Maßnahmen auf ihren Grundstücken zu ergreifen, ob jeder bereit wäre, sein Grundstück für Rückhaltemaßnahmen anzubieten. Man höre immer wieder Beschwerden, wenn Keller bei Starkregen voll laufen, die Stadt tue nichts.
- Es gibt offensichtliche Probleme mit dem Wasser in der Stadt gibt, wie die Starkregenereignisse immer wieder aufzeigen. Eine Notwendigkeit zu handeln ist unübersehbar.

6 Ausblick

ZUM PILOTPROJEKTSTATUS VON ISERBROOK

Das B-Plangebiet Iserbrook 6/23 ist weiter geeignet, als RISA-Pilotprojekt zu dienen. Es kann sehr detailliert an inhaltlichen und verfahrensbezogenen Aspekten gearbeitet werden, um die Regenwasserbewirtschaftung in schwierigen Nachverdichtungssituationen zu diskutieren und ggf. zu lösen. Auch verallgemeinerbare Aspekte lassen sich dabei sicher herausarbeiten.

Gleichzeitig scheint aber auch klar, das Iserbrook niemandem jenseits der detaillierten Fachlichkeit einen neuen Zugang/Einstieg in das Thema verschaffen wird. Hierfür ist es schlicht nicht "spektakulär" genug. Der Erfolg von RISA wird aber auch davon abhängig sein, dass in einem zentralen und prominenten Stadtentwicklungsprojekt die Zukunftsfähigkeit der Lösungsansätze demonstriert werden kann. Dies fehlt nach derzeitigem Kenntnisstand auch in den anderen Arbeitsgruppen. Daraus resultiert die ausdrückliche Empfehlung an die Projektleitung, diesen Aspekt nochmal auf die Tagesordnung zu setzen und zu beraten, ob und wenn ja welches Projekt sich ggf. dafür in 2012 noch eignen würde.

In Nachbetrachtungen zum Workshop wurde das Projekt „Klima-Campus“ in Eimsbüttel diskutiert und der Projektleitung als Pilotprojekt vorgeschlagen.

STICHWORT ALLIANZEN UND KOMPLIZEN

Prof. Dettmar und Prof. Koch haben die noch nicht ausreichende Betrachtung dieses Aspektes bei RISA hervorgehoben. Obwohl der methodisch/organisatorische Ansatz von RISA klar in diese Richtung geht - siehe z.B. die Arbeitsgruppen Stadt- und Landschaftsplanung und Straße/Verkehr - bestätigten sie doch, dass es einen systematischen Prozess der Suche nach Allianzen/Komplizen in den letzten Monaten noch nicht gegeben hat. Es wird empfohlen, dies in den nächsten Wochen verstärkt anzugehen, z.B. bei einem halbtägigen Treffen von zentralen RISA-Mitgliedern (ca. 10 Personen), die sich diesem Thema widmen. Fragestellungen könnten dabei sein :

- Allianzen mit anderen strategischen Schlüsselthemen in Hamburg, z.B. Klimaanpassung, Klimaschutz, Wohnungsbauinitiative etc.;
- Allianzen/Komplizen im Bereich der Stadtplanung, dem Mangel an Teilnahme dieser Berufsgruppe in der AG 2 (trotz intensiver Bemühungen der AG 2);
- Allianzen mit Einzeleigentümern großer Flächenpools in Hamburg, z.B. Wohnungsbauunternehmen (z.B.SAGA), Industrie, Schulen/Hochschulen;
- Eine Allianz ist in jedem Fall beim Senat zu suchen. Die notwendigen Anpassungsstrategi-

en an den Klimawandel zur Beherrschung künftiger Starkregenereignisse und deren Umsetzung im Bereich der Regenwasserinfrastruktur würde bei der bisherigen Ableitungsstrategie voraussichtlich grob geschätzt mehrere Milliarden € innerhalb der nächsten 30 Jahre an Kosten verursachen. Dem gegenüber steht der Versuch, mithilfe von RISA Strategien zu entwickeln und zu fokussieren, die einen Bruchteil dieser genannten Kosten verursachen. Diese Mittel müssen, verteilt auf die Laufzeit der neuen Strategien, bereit gestellt werden. Interessant wäre es, mit Abschluss von der 1. RISA-Phase bis Ende 2012 eine belastbare Zahl hierfür zu ermitteln.

STICHWORT ANLASSBEZOGENE AKTIONEN

Es wird empfohlen, dass sich RISA mehr als bisher bei aktuellen Anlässen von Starkregenereignissen/Überflutungen einschaltet und als Marke und Lösungsansatz ins Gespräch bringt. Möglicherweise lässt sich auch dies strategischer und langfristiger vorbereiten, z.B. entsprechende inhaltlich vorbereitete und vorabgestimmte Pressetexte und fachliche Stellungnahmen. Bekannt sind ja bereits sensible Bereiche (Hotspots), vielleicht gelingt es sogar dies inhaltlich konkreter zu machen.

STICHWORT PROGRAMMATISCHE HANDLUNGSSCHWERPUNKTE DER AG 2

Von der AG 2 und der HCU wurden im Rahmen der Analyse der Bebauungsplanung in Hamburg sog. programmatische Handlungsschwerpunkte herausgearbeitet, z.B. "Erneuerung / Reaktivierung politisch verankerter Leitsätze bzw. eines Leitbildes zum Thema „Umgang mit Regenwasser in Hamburg“. Hierzu wurde vorgeschlagen, einen Workshop mit Politikern und Verwaltungstopleuten im Frühjahr 2012 zu veranstalten. Die HCU hat organisatorische und fachliche Unterstützung angeboten.

STICHWORT BEARBEITUNG QUERSCHNITTSBEZOGENER RISA-THEMEN

In den RISA-Querschnittsthemen Finanzen und Kommunikation werden nach wie vor Schlüsselthemen für den RISA-Erfolg gesehen. Diese Themen sollten kurzfristig mit Personen besetzt werden, da in den AGs zunehmend Diskussionsbedarf insbesondere zu diesen Kernthemen entsteht.

STICHWORT STRASSE/VERKEHR IN RISA

Für die AG 2 gab es auf dem Workshop den ersten konkreten fachlichen und konstruktiven Kontakt zu Kollegen aus diesem Bereich. Die AG 2 bewertet die inhaltlichen Diskussionen diesbezüglich als sehr fruchtbar und empfiehlt, diesen Schwung zu nutzen und zu einem Nacharbeitstreffen gemeinsam mit der Projektleitung einzuladen.

Anhang:
Unterlagen für die Arbeitsgruppen

RISA-AG2 „Stadt- und Landschaftsplanung „
Workshop **„Strategien für ein Entwässerungskonzept in einem Bestands- und Nachverdichtungsgebiet am Beispiel B-Plan Iserbrook 6/23“** am 08.09.11
Varianten

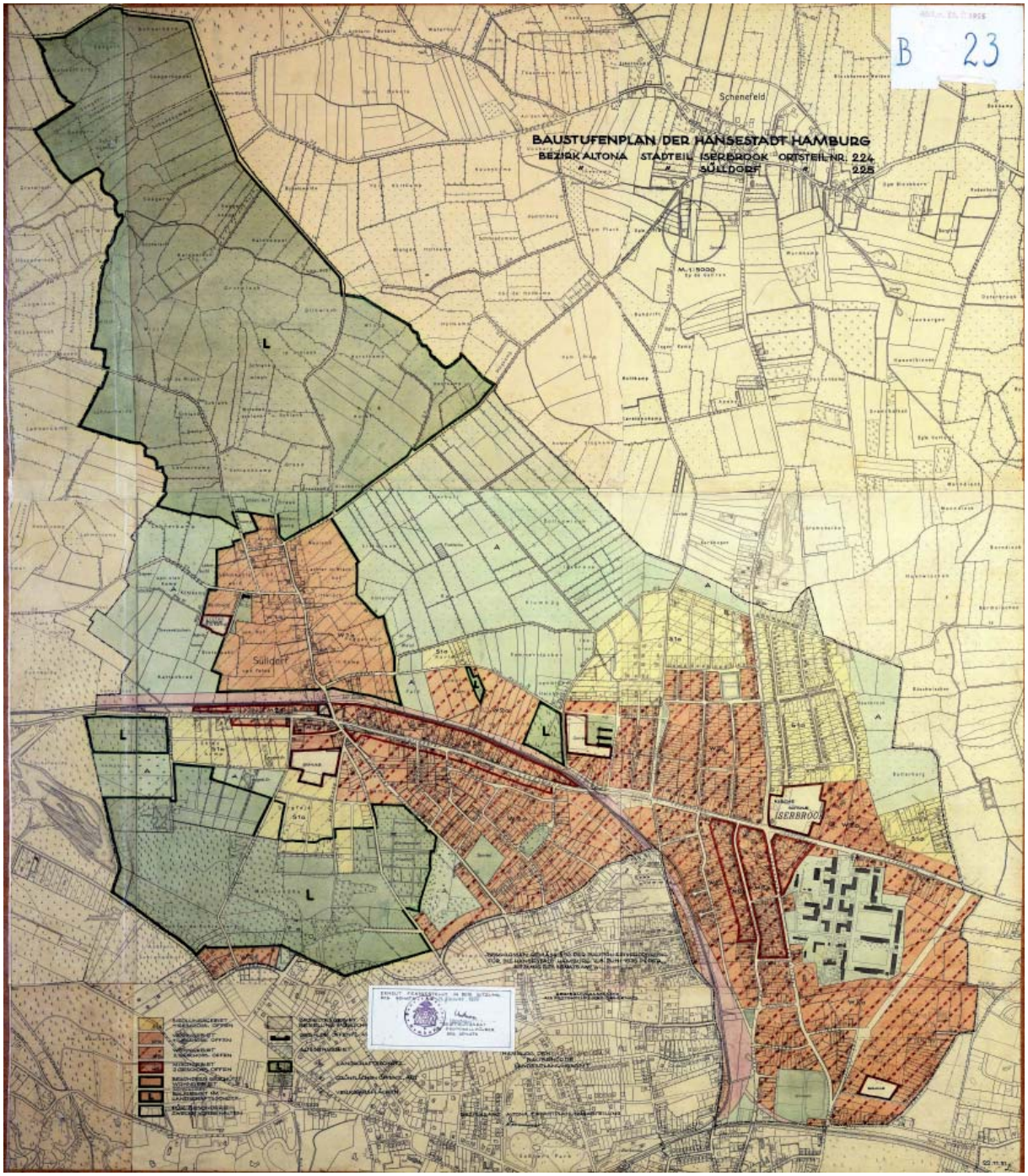
	Variante (aus den bisherigen Voruntersuchungen oder neu)	**Ergänzungen**	**Welche Vorteile bietet diese Variante?**	**Welche Nachteile bietet diese Variante?**	**Welche Innovationen und/oder Regeländerungen sind dafür notwendig**	**Weitere Anmerkungen?**
A	**Variante 2 (Rückhalt auf dem Einzelgrundstück):** Einzelrückhaltung durch Zisternen für jedes einzelne neu zu bebauendes Grundstück im gesamten Plangebiet	• Dachbegrünung und reduzierte Versiegelung auf jedem Grundstück zur Abflussminimierung • Nutzung von Regenwasser zur Speicheroptimierung und Nutzenerhöhung • Gründung „Wasserverband“ zur Einleitkontrolle und Unterhaltung				
B	**Variante 3 (Graben und Ableitung aus dem Gebiet):** Entwässerung durch den Bau von Entwässerungsgräben für das gesamte Plangebiet mit Schaffung einer separaten Vorflut in Richtung Iserbrookgraben oder Holtbarggraben	• Dachbegrünung und reduzierte Versiegelung auf jedem Grundstück zur Abflussminimierung • Gründung „Wasserverband“ zur Unterhaltung • Überstauung und damit Mitbenutzung der Grünflächen/landwirtschaftlichen Flächen außerhalb des Plangebietes zur Vermeidung RRB-Neubau				
C	**Variante C neu (Mitbenutzung Straßen und ggf. Grünflächen):** Konsequente Mitbenutzung der Straßenräume und ggf. Grünflächen im Entwässerungskonzept	• Dachbegrünung und reduzierte Versiegelung auf jedem Grundstück zur Abflussminimierung				
D	**Variante D neu (Versickern):** Entwässerung in den tiefer gelegenen Gebieten durch Mulden-Rigolen-Systeme, Entwässerung der höher gelegenen Gebiete durch Versickerungseinrichtungen auf dem Grundstück	• Dachbegrünung und reduzierte Versiegelung auf jedem Grundstück zur Abflussminimierung				
E	**Variante E neu (andere Innovationen):** was bisher nicht gedacht wurde!?					

HH, 30.8.11, Wolfgang Dickhaut, Sabine Andresen

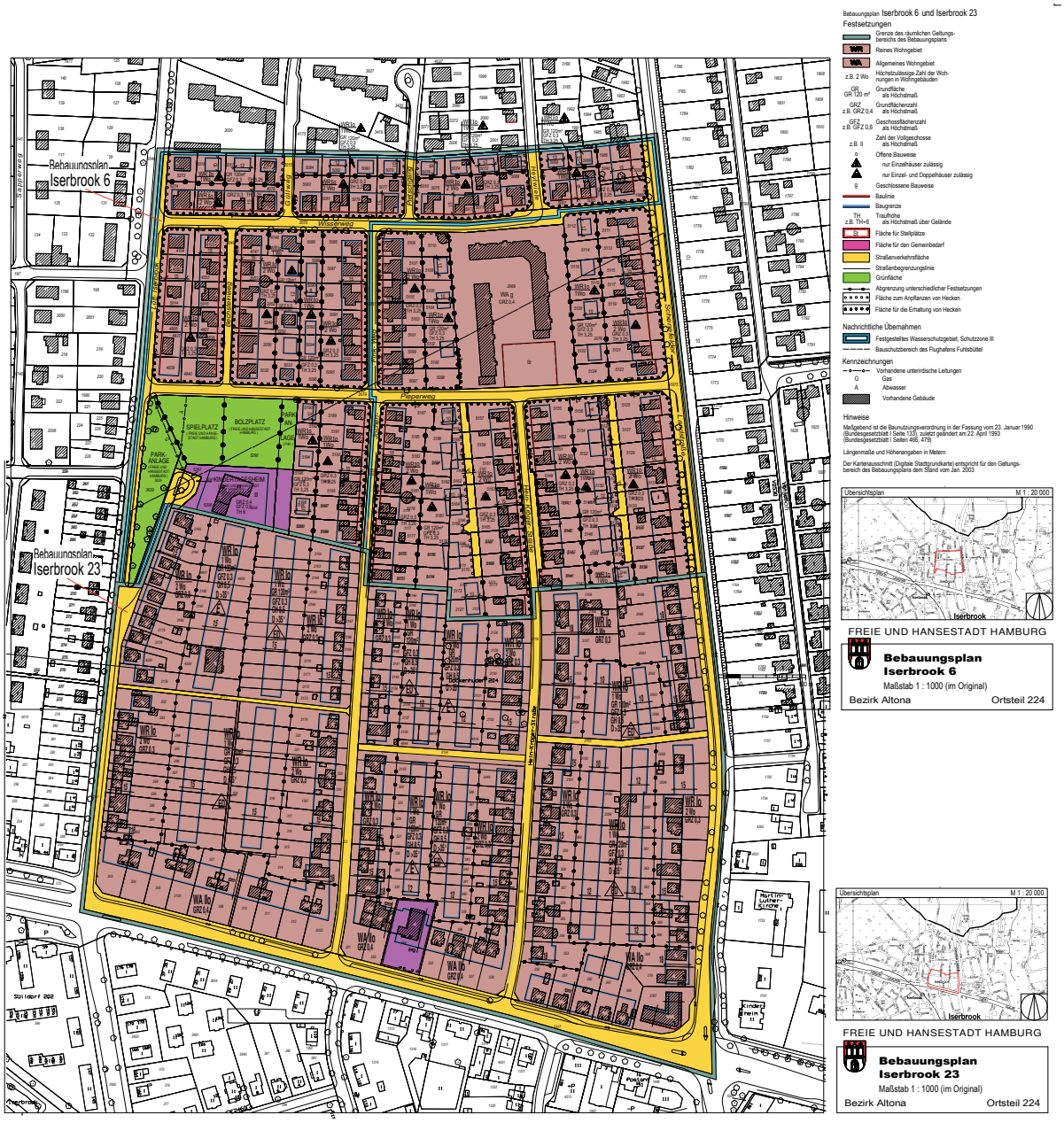
HCU | HafenCity Universität Hamburg

Iserbrook 6 und 23: Fotos

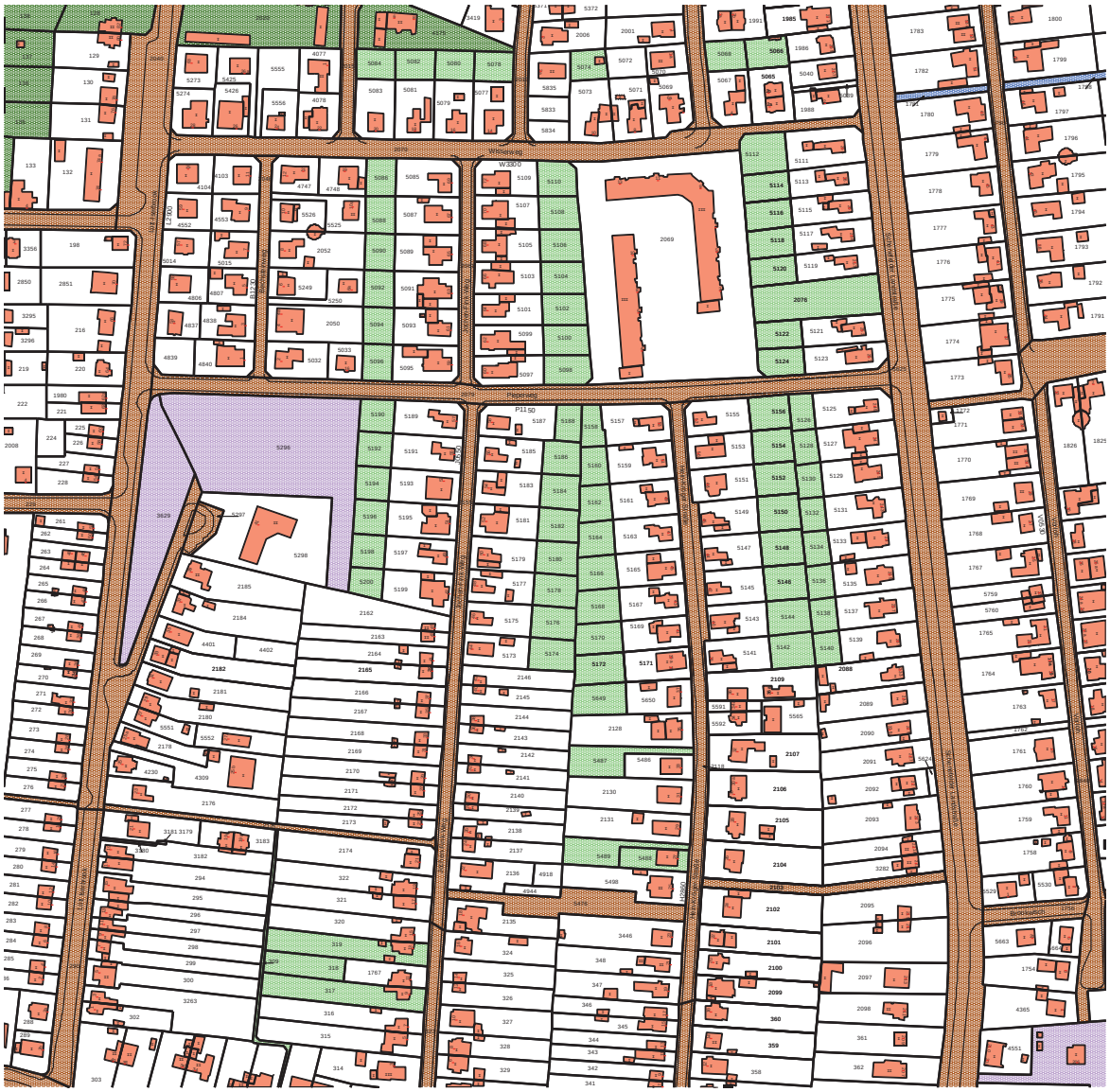
oben links: Mischwasser-Rückhaltebecken Bullnwisch (außerhalb der B-Plangebiete)
oben rechts: typische Straße mit Wohnbebauung
Mitte: Spiel- und Sportplatz
unten: Grünfläche



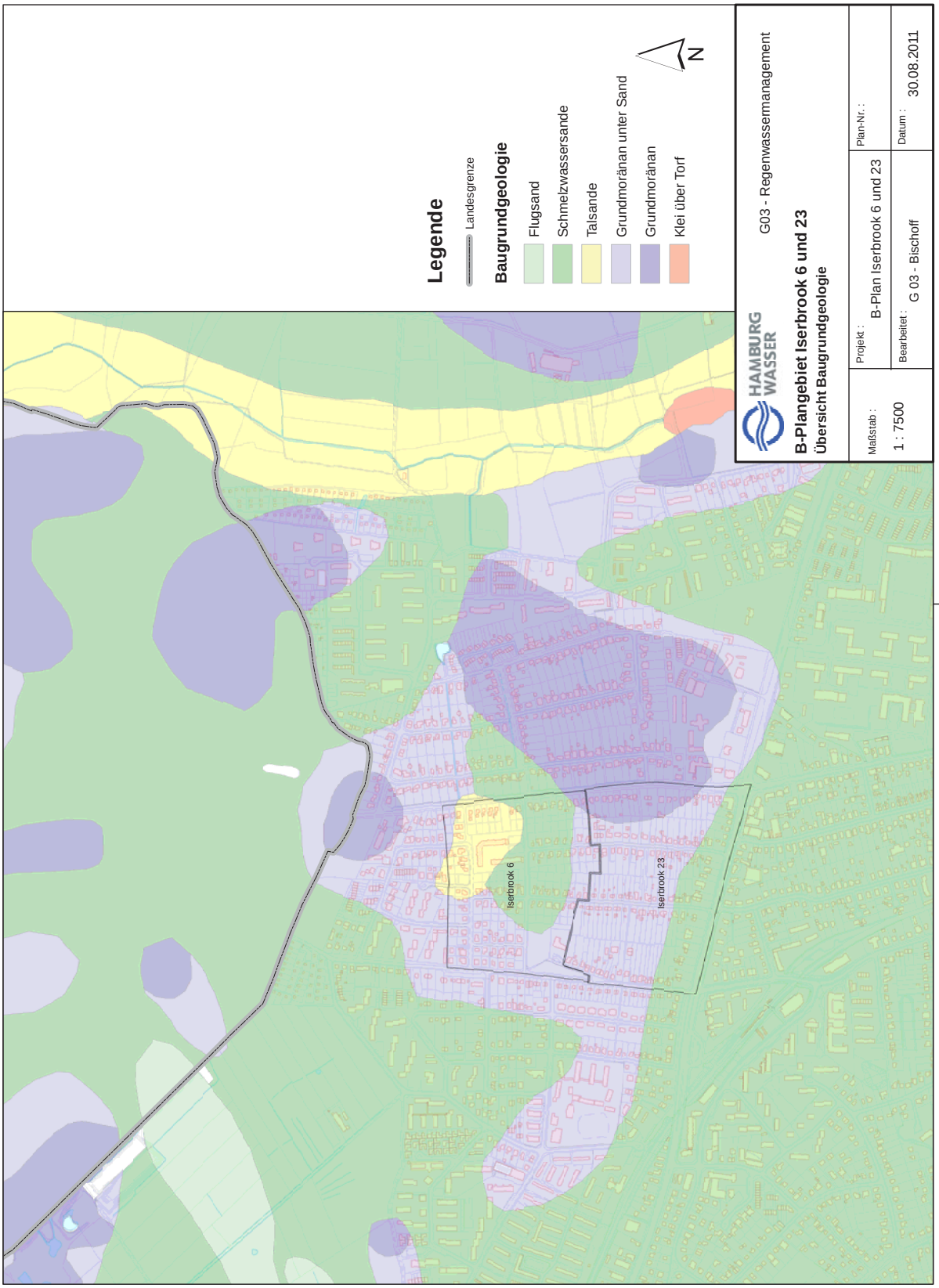
Baustufenplan von 1955
(Quelle: Bezirksamt Altona)



Bebauungspläne Iserbrook 6 und 23 (Entwurfsstand, nicht mehr im Verfahren)
(Quelle: Bezirksamt Altona)

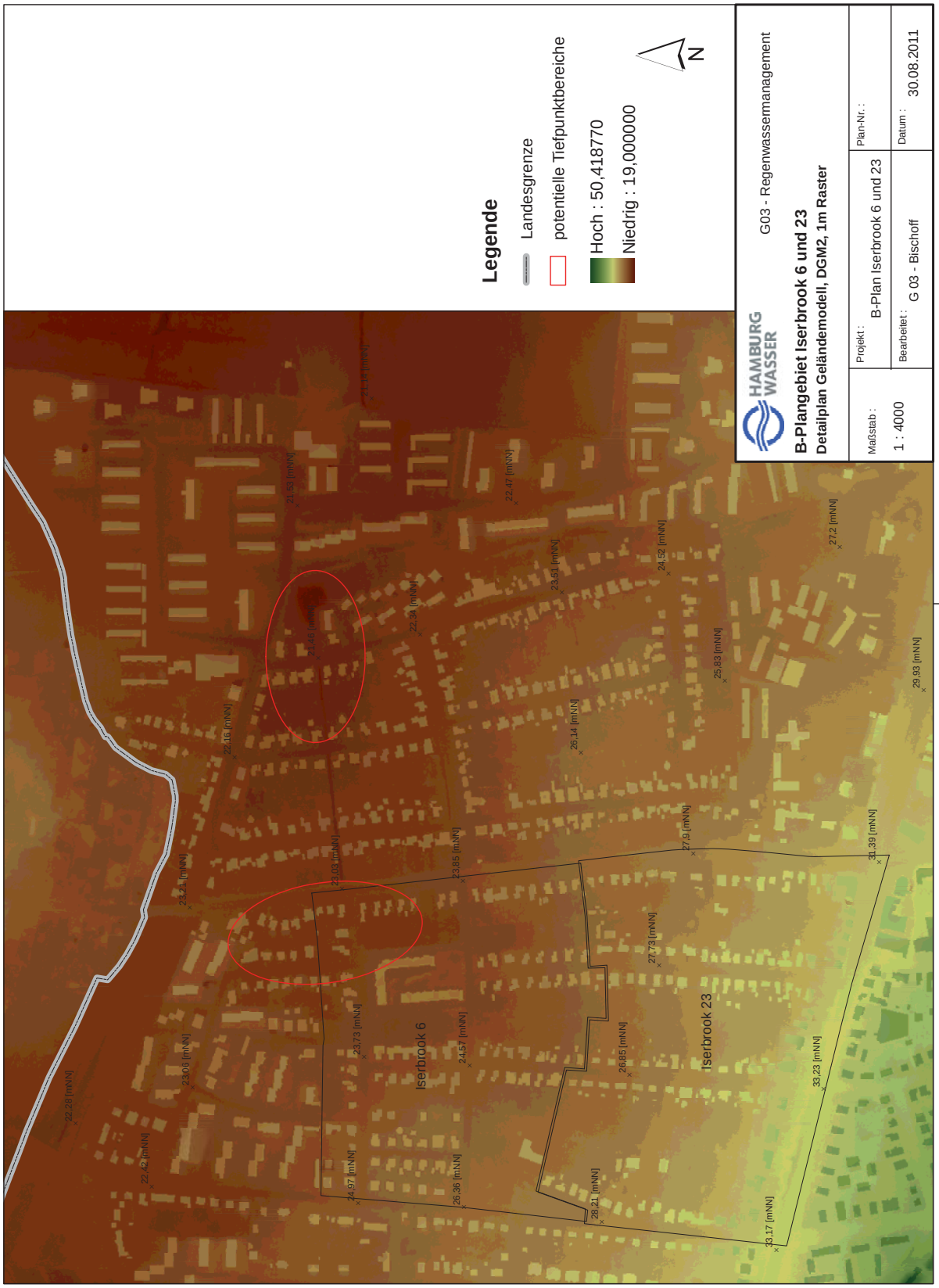


Iserbrook 6 und 23 mit städtischen Flächen (veraltet)
(Quelle: Bezirksamt Altona)

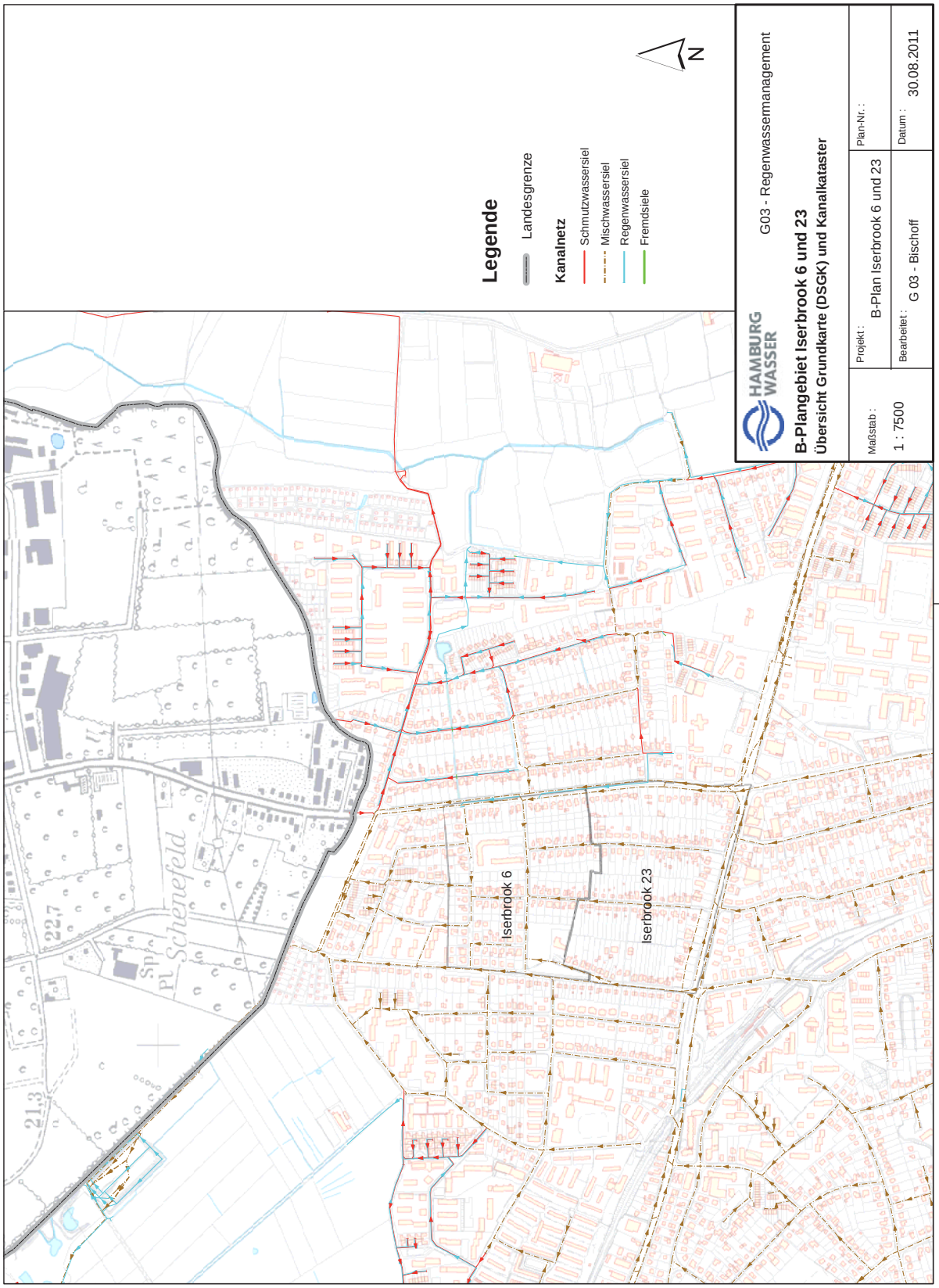


Iserbrook 6 und 23: Baugrundgeologie
(Quelle: Hamburg Wasser)

Iserbrook 6 und 23: Landschaftsschutzgebiete
(Quelle: Bezirksamt Altona)



Iserbrook 6 und 23: Digitales Geländemodell
(Quelle: Hamburg Wasser)



Iserbrook 6 und 23: Kanalkataster
(Quelle: Hamburg Wasser)